

Kreisblatt des
Stadtkreises Bocholt.
Amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes
von Bocholt.
Inhalt: Nachrichten
des Kreises Bocholt.
Organ
der Zentrumspartei.

Nummer 285

Montag, den 17. Oktober

Jahrgang 1927

Zagesfragen.

Die Wählerchaft der Deutschen Volkspartei wird jetzt in ihrer Presse darauf vorbereitet, daß mit einer Zustimmung der volksparteilichen Reichstagsfraktion zum Entwurf des Schulgesetzes zu rechnen ist. Die „Kölnische Zeitung“ schrieb noch am Samstag, daß diese liberale Partei, aus deren Reihen bekanntlich bislang gegen die Vorlage v. Reubells genau so scharf polemisiert wurde wie in den demokratischen Blättern und Zirkeln, keinesfalls von ihrem bisherigen Standpunkt abweichen könne und daß es ihr vollends unmöglich sei, dem Entwurf gegen das Votum des Reichsrats doch noch einen Sieg zu verhelfen. Dasselbe Blatt äußert sich in seiner Sonntagsnummer bereits wesentlich anders. Dort liest man in einem aus Berlin datierten und offenbar auf Informationen aus leitenden Kreisen der Deutschen Volkspartei zurückzuführenden Artikel folgendes:

„Nach der Ablehnung des Schulgesetzes im Reichsrat wird der Reubell-Entwurf in seiner alten Fassung an den Reichstag kommen. Hier ist eine Mehrheitsbildung ohne die Deutsche Volkspartei unmöglich. Sie hat es in der Hand, den Entwurf gemäß ihrer liberalen Überlieferungen abzulehnen oder ihn nach Änderungen aus parteilichem Grund anzu-nehmen. Nach beiden Richtungen ist die Verantwortung der Deutschen Volkspartei außerordentlich groß. Leider mehrten sich die Anzeichen, daß die zweite Reise der Partei auch in unrichtiger Einschätzung der tatsächlichen Interessen des Protestantismus zu einer politischen Mitarbeit an dem Gesetz geneigt sind, wenn nur die Simultanschule in den bisherigen Simultanschulplänen besser geformt und andere nebensächliche Punkte getroffen werden. Die Frage, wie weit den Wünschen der Deutschen Volkspartei nachgegeben werden kann, wird zwischen dem Reichstagspräsidenten und dem Reichsratspräsidenten in der nächsten Woche in der geschützten Form nach vorwiegend tatsächlichen Gesichtspunkten behandelt, so würde in den Ausschüssen der Reichstagspräsident eine Mittelstellung zwischen der Deutschen Volkspartei und der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei und der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei entstehen. Ob der Reichsrat, dessen Ablehnung des Schulgesetzes aus einer Mehrheit entspringt, der die Änderungen des Gesetzes teils zu schwach, teils zu weitgehend waren, ein solches Mittelstück durch seinen Einspruch verhindern wird, ist mehr als zweifelhaft.“

Das Blatt läßt auch in einem weiteren Satz noch durchblicken, daß die volksparteiliche Reichstagsfraktion bereit ist, dem Schulgesetz zur Annahme zu ver- helfen, und verlangt nur, daß auf jeden Fall die Schulfrage aus dem Wahlkampf herausbleibe. In den Reihen der volksparteilichen Abgeordneten urteilt man also offenbar über den vorliegenden Gesetzentwurf anders, als es die publizistischen Heißsporne dieser Partei tun. Wäre er vom liberalen Standpunkt aus wirklich so verwerflich, wie er bislang namentlich auch in der „Kölnischen Zeitung“ verurteilt worden ist, so würde sich sicher in der volksparteilichen Fraktion nicht die Neigung zu positiver Mitarbeit an der Gestaltung des Gesetzes äußern. Wie weit Zentrum und Deutschnationale volksparteilichen Abänderungs- wünsch entgegenkommen vermögen, wird man erst sagen können, wenn die betreffenden Anträge vorliegen. Darüber wird im Bildungsausschuß des Reichstages verhandelt werden. Die Mitglieder, die vom Zentrum an diesen Beratungen teilnehmen, werden gewissenhaft prüfen, bis zu welchem Punkt sie sich auf Kompromisse einlassen können. Auf die be- kannten grundsätzlichen Mindestforderungen des Zen- trums an das Reichsschulgesetz kann dabei natürlich, wie kaum besonders betont zu werden braucht, unter keinen Umständen verzichtet werden. Aber der Stand- punkt des Zentrums ist ja der weitestgehende Toleranz. Es will jeder schulpolitischen Richtung ihr Recht werden lassen; freilich verlangt es mit aller Entschiedenheit, daß auch den katholischen Eltern das Recht nicht genommen oder geschmälert werde, ihre Kinder in katholischen Schulen von katholischen Leh- rern in katholischer Weise zu guten katholischen und guten Deutschen heranbilden zu lassen.

Die Deutschnationalen haben sich in den von ihnen angenommenen Richtlinien verpflichtet, für die Ehre und das Ansehen der Verfassung und der ver- fassungsmäßigen Reichsflagge Schwarz-rot-gold einzu- treten. Wie sie dieser Verpflichtung nachkommen, ist bekannt. Ihre Presse insbesondere wetteifert darin, ihr nach Strich und Faden entgegenzuarbeiten. Und sie läßt auch jetzt noch keinen Wandel hierin eintreten, obwohl diesen Blättern und vor allem der „Kreuz- zeitung“, die doch zu dem Führer der deutschnatio- nalen Fraktion, Graf Westarp, in sehr engen Be- ziehungen steht, schwerlich unbekannt sein kann, daß jenem gegenüber von maßgeblicher Zentrumseite aus in diesen Tagen sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden ist, daß die Gebilde des Zentrums gegenüber der fortgeschrittenen Veranschaulichung der Reichsflagge durch die deutschnationale Presse erschöpft ist. Nach am letzten Freitag wurden im Zentralrat des Westarp-Blattes die Reichsflaggen als „Reichsflagge“ und die schwarz-rot-goldene Reichsflagge als „Revolutionsflagge“ bezeichnet. Für das Zentrum ist diese Haltung der deutschnationalen Presse nicht länger erträglich. Darüber wird man sich in der deutschnationalen Reichstagsfraktion jetzt endlich klar werden

Bergarbeiterstreik in Mittel- deutschland.

80 000 Mann treten in den Ausstand.

Stilllegung der mitteldeutschen Braunkohlenförderung.

■ Berlin, 16. Oktober. Die Lage im mitteldeutschen Braunkohlengebiet hat sich in den letzten Tagen de- rart verschärft, daß die Bergarbeiter Mitteldeutschlands gestern beschlossen haben, am Montag in den Streik zu treten. Die Streikparole ist ausgegeben worden, nachdem die im Reichsarbeitsministerium ge- führten Verhandlungen um die Forderung einer zehn- prozentigen Lohnerhöhung gescheitert waren. Hierbei hatte der Reichsarbeitsminister erklären lassen, daß er einer Lohnerhöhung über fünf Prozent nicht zustimmen könne. An dem Lohnkampf werden rund achtzig- tausend Bergarbeiter beteiligt sein. Der ge- samte mitteldeutsche Braunkohlenbergbau, mit Ausnahme der Gegend um Köln, wird stillliegen. Welche Wirkungen der Streik im mitteldeutschen Bergbau auf die Kohlen- versorgung Berlins, die zu einem erheblichen Teile von jener Gegend abhängt, haben wird, läßt sich im- mer noch nicht endgültig übersehen.

■ Halle/Saale, 16. Oktober. Die Streik- parole im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist unterzeichnet vom Verband der Bergarbeiter Deutschlands, dem Gewerksverein christlicher Bergarbeiter, dem Gewerksverein der Fabrik- und Handarbeiter, vom Deutschen Metall- arbeiterverband, vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands und vom Zentralverband der Maschinen- und Heizer. In welchem Umfang der Streikparole Folge geleistet werden wird, läßt sich naturgemäß heute noch nicht übersehen. Auf dem linken Flügel der Ge- werkschaften wird versucht, den Streik auch auf die ver- wandten Industrien auszuweiten, besonders auf die chemische Industrie, sowie auf die Großkraftwerke (Thornitz, Elßig). Ferner versucht man kommunale Organisationen, Konsumvereine usw. einzubeziehen.

müssen. Mehr zu sagen, erlaubt sich heute. Im übrigen hat die Flagge Schwarz-rot-gold in den Tagen der Revolution nirgendwo geweht. Sie ist erst ge- heftet worden, als die Verfassung in Kraft getreten war, durch die dem revolutionären Wirrwarr ein Ende be- reitet worden ist. Sie ist die Flagge, die die Wieder- herstellung der Ordnung ankündigt, und sie wird die Flagge des zur Ordnung zurückgekehrten deutschen Volkes bleiben, da ja auch die Deutschnationalen, wie ihre Ablehnung eines Volksentscheides zeigt, die Auf- fassung haben, daß für Schwarz-weiß-rot, die achtungs- voller Erinnerung würdigen Farben des Reiches Bis- marcks Prägung, keine Volksmehrheit mehr vor- handen ist.

Die Bayerische Volkspartei und die Reichskoalition.

■ München, 15. Oktober. Die „Bayerische Volkspartei- korrespondenz“, das parteiamtliche Organ der Bayeri- schen Volkspartei, verbreitet folgende Mitteilung: „Durch die Presse geht die Meldung, in der Landes- leitung der Bayerischen Volkspartei, die sich am Freitag nachmittag in einer längeren vertraulichen Sitzung mit den schwebenden Fragen der Reichs- und Landespolitik befaßt, habe auch die Frage eine Rolle gespielt, ob für den Fall, daß dem bayerischen Antrag zur Abänderung des Finanzgesetzes nicht in befriedigender Weise Rechnung getragen werde, die Bayerische Volkspartei aus der Reichsregierungskoalition aus- treten müsse. Wenn auch diese auf einer schweren In- diskretion beruhende Meldung in dieser Form nicht den Tatsachen entspricht, so kann doch nicht verschwiegen werden, daß der Beschluß des Reichs- kabinets trotz der Beschlüsse des Reichsrates auf dem ursprünglichen Standpunkt des Reichsfinanzmini- steriums zu beharren, für Bayern und für die Bayerische Volkspartei eine sehr ernste Lage geschaffen hat, die, wenn kein befriedigender Ausweg gefunden wird, möglicherweise Folgen für die ganze Regie- rungsverhältnisse im Reich haben könnte.“

■ (München, 15. Oktober. Die „Münchener Zeitung“ hatte heute gemeldet, daß die süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden sich zur Organi- sierung des Widerstandes gegen die zen- tralistischen Bestrebungen zusammenge- schlossen hätten. Nun nimmt auch die „Bayerische Staatszeitung“ zu dieser Angelegenheit Stellung und erklärt, daß man von einer geschlossenen Haltung der süddeutschen Staaten gegen-

über das Ergebnis der Abstimmungen liegen Zahlen noch nicht vor. Die Stärkeverhältnisse innerhalb der Gewerkschaften liegen zurzeit nicht so, daß mit einer Verwirklichung der radikalen Forderung auf Ausdehnung des Streikes auf die chemische und die Elektrizitätsindustrie zu rechnen werden, so würden auch die Großkraftwerke und die übrigen Industrien fast in Mitleidenschaft gezogen wer- den, da es unmöglich erschiene, die Großbetriebe mit technischer Rottunde und den in Mittel- deutschland nicht erheblichen Arbeiterreserven im Gang zu halten, zumal das Leuna-Werke große Arbeiter- massen an sich gezogen hat.

■ Halle, 16. Okt. Heute fanden in allen Revieren des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus statt besuchte Versammlungen statt, in denen noch einmal die Lage besprochen, über die getätigten Verhandlungen Be- richt erstattet und die Arbeitsunterbrechung für Montag vormittag beschlossen wurde. Die Anwesenden stellten sich auf den Standpunkt, daß unter allen Um- ständen am Montag die Betriebe stillge- legt werden. Sie haben sich ferner mit dem Vorgehen der Zentralleitung einverstanden erklärt, Kohlenarbeiten zu verrichten. Soweit der mitteldeutsche Syndikatsbereich in Frage kommt, dürften 43 000 Arbeiter in den Streik treten. Im öst- lichen Syndikatsgebiet dürften es ungefähr 25-27 000 Arbeiter sein.

Auch die Ruhrbergleute fordern Lohn- erhöhung.

■ Bochum, 16. Okt. Die vier Bergarbeiterorgani- sationen halten heute gemeinsame Versammlungen ab, unter denen unter Hinweis auf die wachsende Teuerung eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung ge- fordert wurde. Berühmt sich der Zentralverband dem- gegenüber ablehnend, so sei das ganze Vertragsverhältnis möglichst bald auszuheilen. Die Stimmung war teilweise sehr erregt.

über den unitaristischen Bestrebungen sprechen könne. Auf der Konferenz der Ministerpräsidenten, die gelegent- lich der Einberufung der Reichstagsfraktion in Berlin stattgefun- den habe, sei die Reichsregierung seinen Augenblick da- rüber im Zweifel gelassen worden, daß sie mit dem schärfsten Widerstand nicht nur Bayerns, sondern auch Württembergs und Badens zu rechnen haben würde, wenn etwa die von preussischer Seite funde- mente Auffassung gegenüber der Reichsregierung die Weimarer Verfassung so geändert werden müßte, daß entweder die Länder im Reich nicht existierten oder doch ihrer Finanzhoheit beraubt würden. Die auf Antrag Preussens beschlossene Kon- ferenz zwischen dem Reich und den Ländern, für die auch bei den süddeutschen Regierungen grübelnde Vor- arbeiten im Gange seien, würde den Beweis dafür er- bringen, daß die süddeutschen Länder entschlossen seien, den Kampf um ihre Selbstständigkeit mit aller Energie zu führen.

Christliche Mehrheit in der Wehrmacht Österreichs.

Sozialdemokratische Niederlage bei den Vertrauens- männerwahlen.

■ Wien, 16. Okt. Gestern fanden die Wahlen der Wehrmachtsmänner der Wehrmacht statt. Diese Wahlen, die von größter politischer Bedeutung sind und für die von allen Parteien eine überaus leb- hafte Agitation betrieben wurde, wurde mit größter Spannung entgegengeesehen. Die bisherige Mehrheit der Sozialdemokraten in der Ver- treterversammlung der Wehrmacht, die von der sozial- demokratischen Wehrmacht von den 259 Mandaten nur 120 erhielt gegen 202 bei den vorjährigen Wahlen. Der christlich-sozialen Partei nachfolgende Wehr- bund, der bisher 64 Mandate hatte, erhielt jetzt 132 Mandate, während auf die deutschnationale Soldatengewerkschaft 7 Mandate entfielen gegen 2 im Vorjahr. Dieser Ausfall der Wahlen wird mit dem Zustieg der Sozialdemokraten in die Wehrmacht, daß die Sozialdemokratische Partei gegen die Wehrmacht wegen ihrer Haltung am 15. Juli wieder- holt scharfe Angriffe gerichtet hatte.

Abreise Katowskis aus Paris.

■ Paris, 16. Okt. Der frühere russische Botschafter in Paris, Katowski, ist gestern plötzlich im Auto abgereist. Es verlautet, daß er die Rückreise nach Moskau über Berlin vornehmen werde. Man wußte zunächst nicht, ob er mit der Eisenbahn, mit einem Auto oder einem Flugzeug die französische Hauptstadt ver- lassen hatte. Im französischen Auswärtigen Amt hat Katowski vor seiner Abreise nicht vorgelassen und auch kein Verabschiedungsschreiben nicht vorgelegt. Es wurde daher vermutet, daß es ihm vorläufig nur darauf an- gekommen ist, sich der Beobachtung der zahlreichen Re-

portier und Polizeibeamten, die vor der russischen Bot- schaft Wache hielten, zu entziehen und in irgend einem ruhigen Ort in Frankreich vor seiner endgültigen Ab- reise Aufenthalt zu nehmen. Nach einer anderen Auf- fassung hat Katowski noch immer fest daran gedacht, daß seine Regierung ihn bis aufs äußerste verteidigen werde. Die Verurteilung Katowskis zu seinem Nach- folger habe ihn bereit enttäuscht, daß er sich zur sofor- tigen Reise nach Moskau entschlossen habe. Seine eben- tuelle Ernennung nach Tokio betrachte Katowski als ein Manöver seiner politischen Gegner in Rußland.

Die römische Frage.

Ein zweiter Artikel des „Osservatore Romano“.

In einem zweiten Artikel des „Osserva- tore Romano“ zur römischen Frage, einer Erwä- gung auf Ausführungen des Bruders Mussolini im „Popolo d'Italia“, heißt es u. a.: Die Lösung der römischen Frage könne nur eine solche sein, aus der die Unabhängigkeit des Papstes für die Gläubigen aller Nationen hervor- gehen würde. Wenn sich der Papst einfach in den 1870 geschaffenen Zustand fügen würde, müßte er in der Ab- hängigkeit jener Mächte stehen, auch wenn es in der Ab- hängigkeit der Welt in Frieden regieren wolle. Wanga- läufig würde an jenen Tagen die katholische Welt auf den Papst mit Mißtrauen und Verdacht zu blicken be- ginnen und allen seinen Handlungen einen politischen Sinn unterstellen. Und ebenso zwangsläufig würde an jenen Tagen eine riesige Anzahl Gläubiger abfallen. Es würden sich sogenannte „Nationalkirchen“ und richtigerweise Spaltungen bilden. Aus diesen Gründen könne die Frage, ohne daß deshalb fremde Mächte zu den Besprechungen her- angezogen werden müßten, vom Papst nicht anders als unter Berücksichtigung der Interessen der Katholiken in aller Welt gelöst werden. Auf die Sätze Arnaldo Mussolini, Italien könne im Voll- besitz seiner politischen Würde und seines Rechtes mit dem Heiligen Stuhl in Verhandlungen eintreten und Richter und Garant sein, müßte deshalb das Organ des Vatikans erwidern: „Solange derartige Gedan- kengänge gelten, würden wir uns in derselben Lage befin- den wie damals, als man versuchte, uns die sogenann- ten Garantiefälle aufzuzwingen, oder, mit anderen Worten ausgedrückt, wir würden nach einem halben Jahrhundert und nach fünf Jahren Faschismus immer noch am Ausgangspunkt stehen.“

Weiterhin wird in dem Artikel Arnaldo Mussolini ge- gebenen, das Thema nicht dadurch zu verschleiern, daß er schreibt, nicht Italien, sondern das Ausland habe der katholischen Kirche den größten Schaden zugefügt. Geht es um die Kirche, so ist die Kirche der Kirche un- schädlich. Die Kirche hat keinen Schaden davon ge- tragen, daß sie freimaurerische Organisationen von ge- heimem Sünden frei, und vor allen Dingen nicht davon, den Papst und die Kirche um alles, ja alles, gebracht zu haben. Auch sei es übertrieben, zu sagen, der Faschi- mus habe soviel für die Kirche getan, daß die schon in seiner Schuld sei. Der Faschismus habe nichts weiter getan, als einige Dinge wiederherzustellen, die widerrechtlich genommen waren. Das Frankreich betreffend, wird bemerkt, daß der Papst die Laiengesele verdammt, und diese Verdammung bleibe unwiderruflich bestehen. Wenn der Heilige Stuhl in diplomatischen Beziehungen zu Frankreich getreten sei, so sei dies nicht deshalb ge- schehen, um damit irgendwie diese Gesele anzuerkennen, sondern aus dem Wunsch heraus, etwas aus dem Zu- sammenbruch zu retten und nach dem Weltkrieg für den Weltfrieden wirken zu können. Im übrigen seien derartige diplomatische Beziehungen zu Frankreich ebenso wie zu allen anderen Ländern möglich, wo eben keine römische Frage bestehe.

In diesen und den dieser Lage bereits wiederbege- benen Verhandlungen des Organs des Hl. Stuhles hat man allem Anscheine nach lediglich eine neuerliche öffentliche Feststellung des vatikanischen Standpunktes zu erblicken. Diese Feststellung war notwendig im Hinblick auf die verschiedenen Rundbe- wegungen von faschistischer Seite, die auf das von der faschistischen Regierung der Kirche gegenüber bewiesene relative Entgegenkommen und auf die „persönlichen Be- ziehungen“ zwischen dem Vatikan und der italienischen Regierung hinarbeiten. Die stillschweigende Verständi- gung, wie sie diese Rundbewegungen offenbar andeuten wollten, wird durch die beiden Artikel des „Osservatore Romano“ in aller Form demontiert, und gleichzeitig ein Weg gewiesen, auf dem unter beiderseitigen Kon- zessionen ein Ausgleich Italiens mit dem Hl. Stuhl zu finden wäre.

Der Papst fordert ein kleines Territorium als unbefristetenes Eigentum und mit allen inter- nationalen Garantien, um tatsächlich als unabhän- giger Souverän dazustehen. Er muß sich aber vor- behalten, selbst die Bedingungen zu nennen, die er daran knüpfen muß, und die nicht Gegenstand von Ver- handlungen sein dürfen, in denen die internationale katholische Welt den Verdacht der Unterwürfigkeit ge- genüber Italien erblicken könnte. Was die Größe des Territoriums anlangt, so ist dafür von Bedeutung, daß sich nach der „Köln. Volksztg.“ der Kardinalstaats- sekretär vor längerer Zeit dahin geäußert hat, daß der Vatikan ein Palast, aber kein Territo- rium sei. Dementsprechend würde eine Regelung, die lediglich die volle Landeshoheit über die jetzt dem Papst zur freien Verfügung durch das Garantengesetz aufste- henden apostolischen Paläste ausprechen würde, unter dem Mindestmaß der vom Heiligen Stuhl gewünschten Territorialhoheit liegen. Das ergibt sich auch aus der Notwendigkeit, wenigstens im Kriegsfall das beim Vatikan beglaubigte Diplomatenkorps und nicht minder das Kardinalskollegium auf dem päpstlichen Gebiet un-

In Vigo gelandet.

Die Äußerungen des vatikanischen Blattes haben in der saeculistischen Presse respektvolle Aufnahme gefunden. Ob sie im weiteren Verfolg zu dem Frieden zwischen Vatikan und Quirinal führen werden, läßt sich heute noch nicht übersehen.

Paris, 16. Okt. „Matin“ nimmt in seiner Sonn-
tagssnummer Stellung zu dem Artikel des „Observatore
romano“ und erklärt: Entweder wird der Papst die
weltliche Herrschaft, die er am 20. September 1870 be-
reinen habe, wiederlangen, oder er wird seine mora-
lische und geistliche Unabhängigkeit durch international-
garantierten Schutz stellen müssen, da das italienische Ge-
samtgesetz ihn nicht befriedigen kann. Es ist aber für
die ausländischen Katholiken, namentlich für die deut-
schen und österreichischen Katholiken, die während des
Krieges verschiedentlich versucht, das Völkertum aus
einer Gefangenschaft zu befreien, niemals möglich ge-
wesen, die römische Frage ohne den Quirinal zu regeln.
Unter diesen Umständen muß das ganze Problem
unter direkte Verhandlungen zwischen
dem Papst und der italienischen Regie-
rung gestellt werden. Mussolini scheint entschlossen zu
sein, dem Papst das wiederzugeben, was Italien ihm
inhaltslos genommen hat; es scheint, daß der Zweck aus
außenpolitischen Gründen dazu entschlossen ist. Muss-
olini allein kann in Italien die Regelung, der römischen
Frage durchsetzen; seine Vorgesetzten hätten es niemals
durchsetzen können, daß die öffentliche Meinung in Ita-
lien den Gedanken einer Neuauflage des Kirchenstaates
annimmt. Für den Faschismus wäre es ein
großer Erfolg, wenn die Unternehmungen gelin-
gen, das vor der faschistischen Zeit als unbefruchtbar gal-
tende Gebiet weils „Matin“ darauf hin, daß schon wäh-
rend des Krieges verschiedene Pläne ausgearbeitet wor-
den seien, durch Schaffung eines kleinen neutralen
Kirchenstaates auf dem linken Tiberufer dem Papst seine
geistliche und Unabhängigkeit zu geben.

* Paris, 16. Oktober. Heute nachmittag wurde auf dem Friedhof von Bar-le-Duc ein Denkmal für die Gefallenen eingeweiht. Aus diesem Anlaß hat Vincarre eine Rede gehalten, in der er u. a. ausführte: Die Bewohner unserer Kampfgemeinde wünschen, daß unsere Kriegersterbigen Gerechtigkeit von sämtlichen Völkern geteilt werden. Wir haben nach dem Kriege unser Heer verringert und die Dinge herabgesetzt. Wir bereiten auf geschäftserfüllende Weise eine neue Heeresverminderung vor, die zu einer Herabsetzung der Dienstzeit auf ein Drittel der Dienstzeit nach dem Kriege führt. Statt uns anzugreifen, möchte man uns nachhelfen. Unsere Landsteuern wünschen, daß man sich klar macht, daß der kleinste Punkt, den man auf einen Punkt des Kontinents wirft, den man auf einen Brand entfachen kann, durch den sämtliche Vorräte vernichtet werden würden und durch den all das, was der Frieden gezeitigt hat, zusammenfließen müßte. Die Franzosen wünschen endlich, daß die durch den Krieg verursachten Schäden in den Kampfgemeinden endgültig wieder gutgemacht werden und daß Frankreich nicht länger die Lasten für diese Wiederherstellung zu tragen hat, ohne daß das Programm der Barzählungen und von Sachlieferungen, das heute regelmäßig durchgeführt wird, morgen oder später, wie gewisse Völkern befehlen lassen, durch willkürliche und stinkliche Anleihen gefährdet werde. Vincarre beschäftigte sich außerdem mit innerpolitischen Fragen.

Paris, 16. Okt. Die französische Antwort auf die letzte Note der Vereinigten Staaten im französisch-amerikanischen Zollkonflikt ist gestern Abend dem Reichsleiter Bithouse übergeben worden. Sie schlägt der amerikanischen Regierung an Stelle der Forderung, die Missbilligungs-Verhandlungen einzuräumen, den Status quo ante von 1921 vor, dem den Vereinigten Staaten eine gewisse Ausnahme einräumte. In allen den unter dem gegenwärtigen französischen Minimaltarif stehenden, soll der gegenwärtige französische Minimaltarif gelten. Als Voraussetzung für dieses Entgegenkommen verlangt die französische Regierung die Annulierung der neuen amerikanischenollerhöbungen für französische Erzeugnisse, d. h. mit anderen Worten, die französische Regierung ist bereit, den gegenwärtigen Minimaltarif für alle die Artikel der amerikanischen Einfuhr nach Frankreich anzunehmen, die die Sonderbehandlung von 1921 umfassen, falls die Vereinigten Staaten die letzten, falls die Vereinigten Staaten für die französische Einfuhrollerhöbungen.

In der Unterredung zwischen dem amerikanischen Reichsleiter Bithouse und dem Handelsminister Wolanowski, die sofort nach der Unterzeichnung der Note stattfand, wurde vereinbart, daß weder die französische Note noch die amerikanischen Veröffentlichungen sollen und die Kontroverse über die Grundabmachungen sollen sich auf rein zolltechnischem Gebiet bewegen. Die offizielle Presse spricht von einer vorläufigen Verständigung in dem französisch-amerikanischen Zollkonflikt.

[illegible]

— **Brest, 16. Okt. D.** 1220 überflog Brest um 14,35 Uhr deutscher Zeit. Das Flugzeug drehte hinter der Stadt nach Süden ab.

— **Kordobel, 16. Okt.** Die Heintzflugzeugwerke erhalten durch Vermittlung von Teneriffa folgende Meldung: „Flugzeug D. 1220 um 6 Uhr in Vigo glatt gelandet.“ Voraussetzungslos handelt es sich hierbei um Greenwicher Zeit.

— **Keuport, 16. Okt.** Das amerikanische Wetterbüro hat durch Funkpost allen Schiffen die Mitteilung zugehen lassen, daß nach Ansicht seiner Sachverständigen die augenblickliche Wetterlage über dem Atlantik jeden Ozeanflug bis in den nächsten Frühjahr unmöglich mache. Die Schiffe werden aufgefordert, diesen Bericht schnellstens weiterzugeben und ihn nicht, besonders den Transozeanfliegern zuzuleiten mit dem Himmel, den Versuch der Ueberfliegung des Atlantik aufzugeben.

Witz Ruth Elber folgende kurze Schilderung über ihr
Festungslager: Etwa 450 Meilen nordöstlich der Äquator
haben ich und mein Begleiter bemerkt, daß die Del-

den Sowjetstaat, neue Kriegsgefahr und die Notwendigkeit der Festigung der Beherrschung der Sowjetunion.

Zum sechsten Jahrestag der Oktoberrevolution beschloß das Zentralerekutivkomitee der Sowjet-Union: Den Industriearbeitern im Verlaufe der nächsten Jahre den Löhnertrag vom Achteilenden Arbeitstages zum Siebenelunden-Arbeitstages zu sichern, die Staatszuschüsse für den Arbeiterunterhalt um 50 Millionen Rubel gegenüber dem Vorjahr zu erhöhen, den für landwirtschaftlichen Einzelbesitzer weitere zehn Prozent wirtschaftswacher Bauernhöfe zu berechnen, die Schulden derjenigen Bauernschaften, welche im Winterjahre 1924/25 vom Staate Anleihen erhielten, ebenso wie die Steuernrückstände der ärmeren Bauernschaft zu annullieren, diejenigen der mittleren Bauern abzumildern, gleichfalls Steuern- und andere Zahlungsrückstände der wenig bemittelten Stadt- und Landbevölkerung abzumildern, einen Geldentwurf über die allmähliche Einführung einer allgemeinen Staatspension für Personen hohen Alters aus der ärmeren Bauernschaft in Angriff zu nehmen, im Staatsbudget 1927/28 weitere 15 Millionen für den Schulbau und für Arbeiterleistungen bereits zu stellen, den Versicherungsfonds für Kriegsinvalide zu vergrößern, alle den Sozialisten der Sowjet-Republiken die Todesstrafe für Verbrechen gegen den Staat und Militärverbrechen auszulassen und Strafzuzüge außer für aktive Mitglieder politischer Parteien, die den Sturz der Sowjetordnung anstreben und böswillige Deserteure und Verräter vorzunehmen.

Die polnische Anleihe.
Warschau, 15. Okt. Heute mittags wurden im Finanzministerium die letzten Dokumente in der Anleiheangelegenheit untersucht. Damit sind alle Anleiheformalitäten erledigt. Die Ausrufung der Anleihe wird am 18. d. M. erfolgen. Gleichzeitig wurde die Bank Polski ermächtigt, den bisherigen Unterstaatssekretär im amerikanischen Schatzamt Charles Dewey in den Ausschätsrat der Bank Polski als Mitglied aufzunehmen.
New York, 16. Okt. Nach einer Meldung aus Washington nahm der Unterstaatssekretär im Schatzamt, Charles Dewey, den ihm angebotenen Posten als Finanzberater der polnischen Regierung an. Dewey geduldet, seinen Posten im Schatzamt am 5. November aufzugeben.

27. November 15. Ekt. John Ruessen, der Bischof der Methodistenkirche für Europa, der gestern zur Teilnahme an der Bischofskonferenz in Detroit eintraf, erklärte, wie der „Solonangelier“ berichtet, über einen Besuch, den er bei Reichspräsident von Hindenburg gemacht habe, den Reichspräsidenten keine andere mehr zu quälen, als die Lüge über angebliche Schändlichkeiten deutscher Soldaten während des Krieges. Der Reichspräsident habe gesagt, er könne sich nicht denken, das vernünftige Menschen diese schändlichen Lügen glauben, man müßte sonst an der Menschheit zweifeln. Kein Deutscher habe jemals zu einem so niedrigen Mittel gegriffen, seine äußere Feinde so zu verächtlichen. Er zuge in ihm für die Soldaten und solange ein Atemzug in ihm lebe, werde er nicht aufhören, gegen sie zu kämpfen. Das Wort bemerkt dazu, daß die Unterredung zwischen dem Reichspräsidenten und Bischof Ruessen bereits im März 1926 stattgefunden habe. Bei der Unterredung sei niemand ausgenommen gewesen. Sicher wird jeder, so schreibt das Wort, mit Vergnügen aus dem Munde des Bischofs vernommen, mit welch warmen Worten Hindenburg für die deutschen Soldaten eingetreten ist.

Berlin, 18. Oktober. (Fig. Draht.)
Am Sonntag tagte in Berlin unter dem Vorsitz des
preussischen Landtagsabgeordneten Baumhoff der
Reichsbeamtenbeirat der Deutschen Zentrals-
ratsparteien. An der Sitzung, die von zahlreichen
Vertretern aus dem ganzen Reichs besetzt war, nahmen,
wie wir bereits vorher angeündigt hatten, auch Reichs-
finanzminister Dr. Döhrer, Vertreter der Reichsstaats-
fraktion und der Landtagsfraktionen sowie Vertreter
anderer Berufsstände, insbesondere der Arbeiterkassen,
an. Die Verhandlungen beschäftigten sich mit dem Entwurf
der Besetzungsordnung. Das einleitende
Referat wurde von Direktor Kena geboten.

Die Befugung der D. 1230 hat Ruth Eider das Angebot gemacht, an Bord des Flugzeuges D. 1230 nach Amerika zurückzukehren. Dem Vertreter des ZFLD erklärte Ruth Eider jedoch, sie müßte sich mit einem Flugzeug des Junkersflugzeug D. 1230 nach NewYork, den sie sonst äußerst gern unternehmen hätte, lieber absagen, da sie sich bereits zu anderen Plänen verpflichtet habe. Sie wolle mit einem Post-Dampfer ab Fortia am 17. Ott. über Elisabeth nach Paris fahren und von dort nach zeitweiligem Aufenthalt auf Schiff nach NewYork zurückkehren, um Vorbereitungen für die Wiederholung ihres Fluges im nächsten Frühjahr zu treffen.

:: Newyork, 16. Okt. Nach einer Meldung der Associated Press aus Port Natal ist das Flugzeug „Kun-
gesser-Coli“ mit den Piloten Gosses und le Brim
um 7,40 Uhr dortiger Zeit nach Rio de Janeiro ge-
startet.

— Hamburg, 16. Okt. Der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Rameses“ hat ein französisches Flugzeug aus 40.43 Grad nördlicher Breite und 12.12 Grad östlicher Länge im Mittelmeere treibend gefunden. Es gelang ihm, die drei Insassen des Flugzeuges zu retten und an Bord zu nehmen. Der Dampfer hat das Flugzeug in Schierbroux genommen und nimmt es mit nach Neapel.

— San Antonio (Texas), 16. Okt. Gestern Abend ist ein Flugzeug aus 2000 Fuß Höhe abstürzt. Die fünf Insassen kamen ums Leben.

Der Gemeausschuß des Reichstages.
 © Berlin, 15. Okt. Der Gemeausschuß des Reichstages ist zum nächsten Donnerstag, 20. Okt., einberufen worden. Es soll eine Aussprache über den weiteren Gang der Verhandlungen stattfinden.

ber, in: Lf. Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag trat unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Bräuker (3.) zusammen, um sich mit den Wahlprüfungsstellen über die Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 zu verständigen. Der Reichspräsident (Wg.) erklärte, daß die auf die Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 entfallenden Bestimmungen richtig bewertet worden sind. Die Möglichkeit, daß sich etwa auf Grund einer nochmaligen Erklärung das Mandatsverhältnis ändern könnte, wird nicht durch den Antrag des Reichspräsidenten, wonach die Angeordnetenliste auf die Reichstagswahlen zur Verteilung der Abgeordnetenliste auf die Reichstagswahlen ordnungsgemäß erfolgt ist, und eine Ausfertigung

Reichskanzler a. D. Cuno in Wien.
 : Wien, 15. Okt. Der frühere Reichskanzler Dr. Cuno, der heute abend in seiner Eigenschaft als Vortragender des Direktoriums der Hagab einen Vortrag der österreichischen Handels- und Gewerbesammlungen wird, empfangt am Vormittag Vertreter der Wiener und der reichsdeutschen Presse, die mit großem Interesse eine Ansprache über die Bedeutung wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Oesterreich, wie überhaupt aller Länder Europas, von ihm entgegennehmen. Um die Mittagszeit wird Dr. Cuno dem Bundeskanzler Dr. Seipel einen Besuch ab.

× Peking, 16. Okt. Amtlich wird mitgeteilt, daß die
mandschurischen Streitkräfte Kalgan, das bisher von
chinesischen Truppen besetzt war, zurückerobert haben.

Esenach, 16. Okt. Aus Anlaß der 100jährigen
erbehrte Warburgfestes — die 100jährige Wieder-
fehr hat während des Krieges nicht gefeiert werden
hoben sich zahlreiche Mitglieder der Deut-
schen Burschenschaft in Esenach und der Deut-
schen und Samstag fanden erste Vereinigungen statt. Heute
mittag begann die Gedenkfeier in der Deutschen Bur-
schaft mit einem Gottesdienst in der Kirche. Hier
zogen etwa 3000 Angedörige von 173 Warburgern
aus dem Reich, Danzig, Deutsch-Oesterreich,
Schweiz und aus Siebenbürgen mit ihren Affen
im Gefolge auf die Warburg. Am
den Burghof wurde der Zug vom Esenacher Bir-
meister Dr. Janson begrüßt. Professor Dr.
ver, der Rektor der Universität Jena, an der einst
erste Burschenschaft gegründet wurde, überbrachte
einige Worte seiner Hochschule. Nach dem gemein-
sam gesungenen „Eine feste Burg ist unser Gott“ hielt
der deutsche Landtags in Rom, Dr. Morath, die
rede. Am Nachmittag bewegte sich der Zug zum
Schloß, der gefallenen Warburger an der
schränke der gefallenen Warburger an der
schränke und der Kirche, die zur Einheit des Reiches
schränke hütten, gedachte. Wenden fanden in drei Sälen
gemeinsam statt.

Berlin, 16. Okt. (Eig. Dr. Dr.) Einen guten
machten Berliner Kriminalbeamte in einem Lokal
der Brunnenstraße. Die beobachteten dort einen
mann, der Einbruchsvorwürfe gegen sich hatte. Bei seiner
nahme legte er sich darauf, einen falschen Namen
wurde aber bald auf den richtigen amerikanischen
die Juwelenträuber des letzten Jahres. Ein
Welt aus Miga entlarbt, der die internationale
der schon oft beschäftigt hat. Fürchtet er in
Berliner Krankenhaus, unter Fürsicht der Polizei
her

geliefert worden. Dort gab er sich als Matrose aus. Verbacht erregte er zuerst dadurch, daß er eine Stahlfalleide, die, wie sich später ergab, eine Unmenge von vergrabenern Juwelen enthielt, sorgfältig zu verbergen trachtete. Die Ermittlungen eines Kriminalkommissars nach der Herkunft der Schmuckstücke erdachte das Gewandwerk in allen Theilen Amerikas, in schwere Einbrüche und in den Kurzbauabschritten, und ungeachtet was er erbennt hatte. Als er in einer Tochter rauben wollte, die Schmuckjuwelen der Hausgefängnis verurteilt. Wurde er gefasst und zu 5 Jahren Amerika den Büden. Für die in Deutschland verbliebenen Juwelendiebstähle wurde er zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei einer Fahrstuhlprüfung, die der Gefangenentransport in Rotund machte, gelang es ihm jedoch, zu entweichen. Ein Ausseher fand den fliehenden mehrere Schiffe nach, von denen einer dem Fliehen in den Unterirdisch traf. Noch bevor die schwerer Verletzung ausgeübt war, entwich der Juwelenträuber Versteckung dem Krankenhaus und wurde seitdem eifrig gesucht. Wo er sich bis zu seiner Festnahme aufschaffen hat, beobachtet der Aufklärung.

Entscheidung im Fall Teichmann.
 (Berlin, 15. Okt. Wie dem Evangelischen Presse-
 bureau nach Konstantin der Graf Brandenburg mitge-
 theilt wird, hat das Reichsamt des Kirchenaus-
 schusses der Mark Brandenburg entschieden, daß
 Herr Teichmann, der seine Predigt die Trauung
 im Fluge vorgenommen hat, mit einem Verur-
 theil von 200 Mark Geldstrafe zu belegen ist.
 Darausinn hat das evangelische Konsistorium die
 Aufsuspension ausgeschrieben.

2: Berlin, 16. Okt. Im Verborg an der Ostbahn hat der 28 jährige Arbeiter Oscar Witke seine Frau, die 6 Jahre alte Tochter und erster Ehe der Frau und die Witwe Auguste Fleischer, die als Mäglerin bei ihm wohnte, mit einer Axt erschlagen und dann sich selbst erhängt und erschossen. Drei vorgeschuldene Briefe Witkes lassen trotz des ziemlich wirren Inhaltes erkennen, daß der Mann, durch ständige häusliche Reibereien zur Verzweiflung getrieben, ohne Zweifel in einem Anfall geistiger Trübung den dreifachen Mord und den Selbstmord begangen.

(*) Berlin, 15. Oktober. Wie das Acht-Uhr-Abendblatt meldet, ist zwischen der Steuerbehörde der Stadt Berlin und den Reichardt-Bühnen ein neuer Kampf entbrannt insofern, als die Stadt Berlin demnächst einen Kampf mit den Reichardt-Bühnen, die als gemeinnütziges Unternehmen keine Steuern zahlen, die Steuern zwangsweise einzuziehen. Die Stadt stützt sich hierbei auf den Stambnytt, daß der feinerste vom Gutachterauschuß beim Oberpräsidium hinsichtlich der Gemeinnützigkeit des Unternehmens gestellte Spruch nicht rechtsverbindlich sei. Nur der Minister könne entscheiden, ob die Reichardt-Bühnen gemeinnützig seien oder nicht. Solange diese Entscheidung nicht gefällt sei, hätten die Reichardt-Theater Steuern zu zahlen. Ihre Steuerschuld betrage seit dem 1. März 1926 120.000 Mark.

Berlin, 15. Okt. Wegen öffentlicher Herabwürdigung des babilischen Innenministers Kemse wurde heute vormittag der Redakteur des „Fridericus“, Holz, vom erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt.

— **Samburg.** 25. Okt. Nach einjähriger Proschdauer wurden heute vier neun Personen, die an der Versteigerung des Vermögens der bekannten Jogenannten Kaufmanns Gens, Stuwamp und Dr. Schroder beteiligt sind, zu Geldstrafen von 150 bis 300 Reichsmark verurteilt. Nach Anführung des Gerichts ist dem Publikum durch die Anführung der Gerichtsbeschlüsse die Befehlshaberspflege irreführt und belästigt worden, da die Präparate keineswegs geeignet seien, Krankheiten zuzubereiten oder Krankheiten zu heilen.

Amtenburg 15. Okt. Der Eisenbahnstreik bei
Leipzig hat seine Aufklärung gefunden. Wie gemel-
det, war kurz hinter dem Bahnhof Leitzow ein Eis-
enbahnwagen auf eine auf das Gleis gelegte eiserne
Barrikade aufgefahren, wobei die Lokomotive und
einige Wagen verunglückten und zerstört wurden.
Der Uebelthäter hat sich in Leipzig aufgehalten.
Der 16-jährige Schüler des Leitzow-
Gymnasiums, der die That begangen, ist gefangen
genommen worden. Er ist ein sehr intelligentes
Kind, das etwas beschränkt ist, erklärt, daß er lebhaft
den Dummhungen streich verübt habe und sich
der Folgen nicht bewußt gewesen sei. Der Täter wurde
dem Staatsanwaltssitz zugewiesen.

× Jünning (Oberbayern), 15. Okt. Die 24jährige Dienstmagd Kreszenz Greger wurde im Walde mit schweren Kopfverletzungen erdrosselt aufgefunden. Ihr Gesehbter, der Landwirthsohn Georg Hallmahr aus Jünning, wurde festgenommen und als der That verdächtig ins Untersuchungsgefängniß bracht.

Paris, 15. Okt. Wie der „Temps“ berichtet, wird die geplante Ausstellung der Werke Professor Max Liebermanns in Paris, die anfänglich einem öffentlichen Ausstellungsgebäude stattfinden sollte, nunmehr Tausache werden. Sie soll nach dem Wagt einer großen Privatsammlung erfolgen. Außerdem bedeutet der „Temps“, daß die Leitung der Pariser Kunstausstellung Salon d'Automne eine Einbindung an die Berliner Sezession hat ergreifen lassen, sich an dem nächsten Salon d'Automne zu beteiligen.

Am. 15. Okt. Heute nacht ging in Rom ein starker Regen nieder, der auf verschiedenen Punkten der Stadt die Keller überfluthete und mit seinem baltianischen Stiesel mußten einige Beschauliche für Obdachlose geräumt werden. Infolge des Einflusses von Wasser in die elektrischen Anlagen blieb Theil der Stadt heute nacht und in den Morgenstunden ohne elektrischen Strom. Die meisten Morgenblätter konnten daher erst gegen Mittag erscheinen. Auch Calabrien haben starke Regengüsse gehabt. Ein kleiner Bahnhof in der Nähe Neoggio de Calabria war einen Meter hoch überfluthet. Der Zugverkehr mußte auf dieser Strecke gestoppt werden. In der Nähe von Maggerata wurde Haus von einem Erdrutsch verschüttet. Drei Personen und eine Menge Vieh kamen dabei um.

Newyork, 15. Okt. Heute nacht floss der nord-
liche Dampfer „Veseggen“ im Hafen mit dem
Kommando „Halt!“ zusammen und wurde so sehr be-
drängt, daß er eine Viertelstunde nach dem Zusammen-
stoß sank. Von den 32 Mann der Besatzung sind bis-
her 13 gerettet worden. Die anderen sollen gleichfalls
errettet und nach Staaten Island abgebracht worden sein.

[illegible]